

## Kurzanalyse zum Osterwochenende 2011

### Gelingt der Neustart der Regierungsparteien in Deutschland und Österreich?

In Deutschland und Österreich sind die Parteivorsitzenden und Vizekanzler der jeweils kleineren Partei der Regierungskoalition aus je unterschiedlichen Motiven zurückgetreten:

Guido Westerwelle wegen der katastrophalen Wahlergebnisse und Umfragewerte der FDP seit seinem Regierungseintritt, Josef Pröll aus gesundheitlichen Gründen, wobei auch die ÖVP gegenwärtig mit historisch schlechten Umfragewerten zu kämpfen hat.

Von dieser Schwäche profitieren aber weder in Deutschland noch in Österreich die Sozialdemokraten in den Wählergunst, sondern die Grünen bzw. die Freiheitlichen in Österreich.

In Deutschland schwächeln sowohl die Unionsparteien als auch die SPD auf Bundesebene, die FDP muss nach einer rapiden Talfahrt überhaupt um ihre Existenz als Parlamentspartei bangen, während die Grünen in einem Hoch sind. So sieht jedenfalls die Umfragesituation im April 2011 aus (1. Spalte Allensbach in FAZ am 20. April., 2. Spalte Forsa in Süddeutsche Zeitung am 7. April, in Klammern das Ergebnis bei der Bundestagswahl im September 2009):

CDU/CSU	32	30	(33,8)
SPD	28	23	(23,0)
Grüne	23	28	(10,7)
Linke	7	9	(11,9)
FDP	5	3	(14,6)
Sonstige	5	7	(6,0)

Schwarz-Gelb ist also weit entfernt von einer potentiellen Regierungsmehrheit. Dieser Trend bildet sich auch in den drei Landtagswahlen vom Herbst, bei denen die CDU erstmals seit über 50 Jahren den Ministerpräsidenten verlor – ihm folgt allerdings nicht ein SPDler, sondern der erste grüne Landeschef Deutschlands. Die Grünen sind im Gefolge von Fukushima und Stuttgart 21 zur zweitstärksten Partei avanciert, während ihr künftiger Koalitionspartner SPD auf Platz 3 absank und die CDU den ersten Platz behauptete, aber keinen Koalitionspartner hat.

In Rheinland-Pfalz verlor der amtierende Ministerpräsident und frühere SPD-Bundesvorsitzende Beck massiv und kann sich nur mit einer rot-grünen Koalition an der Regierung halten. CDU-Herausforderin Julia Klöckner erzielte einen Achtungserfolg und gewann gegen den Trend Stimmen dazu.

In Sachsen-Anhalt gibt es, nachdem CDU- Ministerpräsident Böhmer nicht mehr kandidierte, einen neuen Landeschef – es ist der CDU-Mann Reiner Haseloff, der die Koalition mit einer schwachen SPD fortsetzt. Die postkommunistischen Linken sind – wie in allen „neuen“ deutschen – Bundesländern stark, während sie im deutschen Westen im März wiederum den Einzug in die Landtage versäumten.

Ein Trend war bei allen drei Landtagswahlen durchgängig – die Wahlbeteiligung ist durchwegs gestiegen.

**Die drei Landtagswahlergebnisse** (in Klammern die Veränderungen zu den letzten Landtagswahlen):

#### **Sachsen-Anhalt**

CDU	32,5	(-3,7)
Linke	23,7	(-0,4)
SPD	21,5	(+0,1)
FDP	3,8	(-2,8)
Grüne	7,1	(+3,6)
NPD	4,6	(+4,6)
Sonstige	6,8	(-1,3)

Wahlbeteiligung 51,2 (2006: 44,4)

#### **Rheinland-Pfalz**

SPD	35,7	(-9,9)
CDU	35,2	(+2,4)
FDP	4,2	(-3,8)
Grüne	15,4	(+10,8)
Linke	3,0	(+0,4)
Sonstige	6,5	(+0,1)

Wahlbeteiligung 61,8 (2006: 58,2)

#### **Baden-Württemberg**

CDU	39,0	(-5,2)
SPD	23,1	(-2,1)
Grüne	24,2	(+12,5)
FDP	5,3	(-5,4)
Linke	2,8	(-0,3)
Sonstige	5,6	(+0,5)

Wahlbeteiligung 66,2 (2006: 53,4)

Spannend wird es bei der Berliner Wahl am 18. September, bei der die Grünen hoffen, den SPD-Bürgermeister Wowereit zu entthronen.

### **Österreich: Stillstand auflösen und Anstand leben und zeigen**

In Österreich sind die beiden die Bundesregierung bildenden Parteien bisher nicht aus ihrem Dauertief herausgekommen.

Josef Pröll hat in seiner Abschiedserklärung die Ursache dieser Situation treffend beschrieben:

*„Zwei große Fragen belasten aus meiner Sicht die Politik und die öffentliche Diskussion: Es sind die Fragen nach Anstand und Stillstand in der Politik unseres Landes. Ein Mangel an Anstand einzelner Politiker, auch aus der Österreichischen Volkspartei, hat das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik insgesamt massiv beschädigt. Das Verhalten dieser Politiker war und bleibt zutiefst beschämend. Keine Partei – und erst recht nicht die Österreichische Volkspartei – kann derartiges Verhalten in ihren Reihen tolerieren. Gleichzeitig stellt der zunehmende Stillstand in wesentlichen Zukunftsfragen unseres Landes den Glauben der Bevölkerung an die Lösungskompetenz und den Lösungswillen der Politik*

*massiv infrage. Wir alle wissen, was eigentlich notwendig wäre: Abbau der Schulden, um uns zu entlasten für die Zukunft, Gesundheitsreform, langfristige Sicherung der Pensionen, die Frage der Bildungszukunft unserer Kinder und der Jugend und auch die Fragen des Zuzugs und der Integration. Und obwohl wir das alle wissen, verharren wesentliche Teile der Politik in bequemem Opportunismus und auch kurzfristigem Populismus.“*

Es gilt also, den Stillstand aufzulösen und Anstand zu zeigen und zu leben, wenn SPÖ und ÖVP, die 1987 beim Start der damals noch tatsächlich „großen Koalition“ noch über 84,4 Prozent der Stimmen verfügten, jetzt wenigstens gemeinsam deutlich über die notwendige 50 Prozent Hürde kommen sollen. Ansonsten könnte das Umfrage-Szenario der letzten Monate, das die FPÖ als stärkste oder zweitstärkste Partei oder zumindest drei annähernd gleichstarke Parteien sieht, Realität werden.

Österreich steht aber mit dem Erstarren des populistischen Protests nicht allein, wie die letzte finnische Parlamentswahl zeigte, bei der die „wahren Finnen“ ihren Stimmenanteil auf 19 Prozent rund vervierfachten. In der Schweiz ist die SVP Blochers mit 28,9 Prozent überhaupt stärkste Kraft, in Norwegen kam die „Fortschrittspartei“ auf 22,9 Prozent, um nur einige Beispiele zu nennen.

### **Sympathieplus für Michael Spindelegger**

Der neue VP-Spitzenmann Michael Spindelegger musste die VP am historischen Tiefststand übernehmen. Eine erste Gallup-Umfrage, die „Österreich“ knapp nach seiner Designierung veröffentlichte, brachte ihm aber das deutlichste Sympathieplus unter den amtierenden Bundespolitikern:

Heinz Fischer            45 (+6)  
 Michael Spindelegger   30 (+21)  
 Reinhold Mitterlehner 18 (+3)  
 Werner Faymann        6(+6)  
 Rudolf Hundstorfer    2(+/-0)

Alle anderen bisherigen Regierungspolitiker waren im Minus.

In der **Kanzlerfrage** sieht es folgendermaßen aus:

Datum	Institut/Medium	Faymann	Spindelegger bzw. bis 14.4.11 Pröll	Strache	Glawischnig	Sonstige
11.1.10	Gallup/Österreich	36	38			
1.1.11	Gallup/Österreich	30	24			
6.3.11	Gallup/Österreich	24	19	14		
11.3.11	OGM/Kurier	19	18	14		29 andere
20.3.11	Gallup/Österreich	26	20	13		
21.3.11	Karmasin/profil	19	10	10	5	
23.3.11	Market/Standard	15	12	10	4	0 Bucher
10.4.11	Gallup/Österreich	27	17	14	10	
14.4.11	ATV/News	19	15	17	8	3 Bucher
17.4.11	Gallup/Österreich	26	19	14		
18.4.11	Karmasin/profil	22	13	12	6	

Bei den **Parteipräferenzen** ergibt sich folgendes Bild:

Datum	Institut/Medium	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	Grüne
NRW2008	Endergebnis	29,26	25,98	17,54	10,70	10,43
11.1.10	Gallup/Österreich	31	33	20	3	12
1.1.11	Gallup/Österreich	27	25	25	4	14
6.3.11	Gallup/Österreich	27	25	24	4	14
11.3.11	OGM/Kurier	27	28	27	5	11
20.3.11	Gallup/Österreich	28	25	25	4	14
21.3.11	Karmasin/profil	27	26	26	5	13
23.3.11	Market/Standard	27	27	26	5	12, sonst.3
10.4.11	Gallup/Österreich	27	23	26	5	15
14.4.11	ATV/News	26	25	29	4	14
15.4.11	Market/Standard	28	22	25	6	14
15.4.11	IMAS/Krone	25-27	21-23	21-23	11-13	14-15
17.4.11	Gallup/Österreich	27	21	26	6	16
18.4.11	Karmasin/profil	27	23	26	6	15

Die Situation für die VP war also spätestens ab Herbst 2010 immer prekärer geworden, wobei bewusst sein muss, dass sich die VP als Juniorpartner in einer SP-geführten Regierung immer sehr schwer getan hat. Startete sie 1987 noch unter Alois Mock mit 41,29 Prozent in die damals große Koalition, waren es unter Josef Riegler 1990 nur mehr 32,06, unter Erhard Busek 1994 nur mehr 27,67, unter Wolfgang Schüssel 1999 26,91 und unter Willi Molterer 2008 25,98 Prozent. Allein als Wolfgang Schüssel als Bundeskanzler die VP in die Wahlen 2002 führte, war das Ergebnis mit 42,30 Prozent deutlich besser. Bei der Wahlniederlage 2006 wurden immerhin noch 34,33 Prozent mit Wolfgang Schüssel erzielt. Diese Zahlen zeigen neben dem allgemeinen Erosionsprozess der traditionellen Parteien das besondere Dilemma der ÖVP auf. Sie zeigen aber zugleich, dass Verluste kein Naturgesetz sind.

Rückfragen unter [h.hoesele@dreisritt.at](mailto:h.hoesele@dreisritt.at) bzw. 0664 / 18 17 481.